

# Das Zuhause ist für Frauen gefährlich

**Alle zwei bis drei Tage wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner getötet. Nun sollen mehr Frauenhäuser entstehen. Von Heike Schmoll**

BERLIN, 20. November. „Du bist doch selbst schuld“, „Das glaubt dir doch eh keiner“: Das sind Sätze, die Frauen aus ihrer Umgebung zu hören bekommen, wenn es um häusliche Gewalt geht, vor allem um Vergewaltigung und sexuelle Nötigung durch den eigenen Partner oder den ehemaligen Partner. Die Kampagne „Jetzt rede ich“ greift solche Zitate auf, um Frauen auf das bundesweite und durchgehend besetzte Hilfetelefon für Frauen aufmerksam zu machen.

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 147 Frauen durch ihren Partner oder früheren Partner ermordet oder so verwundet worden, dass sie an den Verletzungen starben. „Die Zahlen sind schockierend, denn sie zeigen, für viele Frauen ist das eigene Zuhause ein gefährlicher Ort“, sagte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) am Dienstag in Berlin. Häufiger als jeden dritten Tag also wird eine Frau durch Partnerschaftsgewalt getötet.

Sie zieht sich durch alle Schichten und Ethnien. 67 Prozent der Tatverdächtigen sind Deutsche, gefolgt von türkischen, polnischen, syrischen, rumänischen, italienischen und serbischen Tatverdächtigen. Besonders häufig tritt Partnerschaftsgewalt unter Paaren auf, die 30 bis 39 Jahre alt sind.

Den regelmäßigen Auswertungen des Bundeskriminalamts zufolge stieg die Zahl der registrierten Opfer partnerschaftlicher Gewalt in

den Jahren 2013 bis 2016 um insgesamt 9,3 Prozent auf 133000 an. Erfasst wurden Mord, Totschlag, Körperverletzung, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Bedrohung und Stalking.

Giffey ließ allerdings keinen Zweifel daran, dass diese Zahlen nur das Hellfeld beschreiben, das Dunkelfeld ist viel größer – denn die meisten Frauen trauen sich nicht, Hilfe zu suchen oder gar die Polizei zu verständigen, die einem Tatverdächtigen auch das Zutrittsrecht zur gemeinsamen Wohnung versagen könnte. Verstärkt hat sich die Strafverfolgung der häuslichen Gewalt durch die Änderung des Strafgesetzbuchs aus dem Jahr 2016, wonach sich strafbar macht, wer das „Nein“ einer Frau zu sexuellen Handlungen ignoriert.

Trotzdem sucht nur jede fünfte Frau Hilfe – und zwar häufig dann, wenn es zu spät ist. Das berichtete die Leiterin des Hilfe-Telefons „Gewalt gegen Frauen“, Petra Söchting. Den meisten Frauen gehe es nicht gleich darum, die Wohnung zu verlassen, sondern zunächst nur um ein Gespräch. „Gewalt kann jede Frau treffen, unabhängig von Alter, sozialem oder kulturellem Hintergrund“, sagte sie. Das Hilfe-Telefon (08000116016), beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben in Köln angesiedelt, ist die einzige Hotline, die Tag und Nacht besetzt ist. Die meisten Hilfesuchenden rufen zwischen 18 Uhr und acht Uhr an. Die Telefonnummern der Hilfesuchenden sind für die 80 weiblichen Berater nicht sichtbar, die Nummer des Hilfe-Telefons erscheint auch nicht in Einzelaufstellungen der Telefonrechnung. Absolute Vertraulichkeit und Anonymität sollen gewahrt bleiben.

In den fünf Jahren seit der Gründung suchten immer mehr Frauen oder auch Männer (18 Prozent der Anrufer sind männlich) Hilfe. Es wurden insgesamt 143020 Gespräche mit Ratsuchenden geführt. Das Telefon ist nicht nur für Betroffene selbst die erste Anlaufstelle, sondern auch für Bekannte, die Gewalt in ihrem Umfeld erleben. Dolmetscher in 17 Fremdsprachen und Übersetzer in Gebärdensprache stehen zur Verfügung.

Giffey hat ein gemeinsames Aktionsprogramm von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet und dazu auch einen runden Tisch ins Leben gerufen. Es sei klar, dass nicht genügend Plätze in den 350 be-

stehenden Frauenhäusern zur Verfügung stünden; jetzt sind es 6000 Plätze, die im Laufe eines Jahres von etwa 30000 Frauen bewohnt werden.

Um die Kapazitäten auszubauen, will der Bund Länder und Kommunen unterstützen, einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt schaffen und zunächst 6,1 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um auch die 600 Fachberatungsstellen auszubauen. Für das Jahr 2020 sind unter Haushaltsvorbehalt dann 35 Millionen vorgesehen. Gefördert wird im Rahmen des Bundesförderprogramms, die Gelder werden also nur bei bestimmungsgemäßem Einsatz zurückerstattet. Bis dahin sei viel politische Überzeugungsarbeit vonnöten.